



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. September 2022  
Kantonsratspräsident Born Rolf

### **A 954 Anfrage Schnydrig Monika und Mit. über die Einschätzung und Handhabung des erheblich erhöhten Tuberkulose-Krankheitsrisikos von Flüchtlingen, insbesondere auch von ukrainischen Flüchtlingen, durch die kantonalen Gesundheitsbehörden zum Schutz der Bevölkerung / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Die Anfrage A 954 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 112 zu 0 Stimmen zu.

Monika Schnydrig ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Monika Schnydrig: Bei einigen Antworten fällt auf, dass bei der Bevölkerung doch noch Sensibilisierungspotenzial besteht. Mit – gemäss Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des European Center for Disease Prevention and Control – 19 521 gemeldeten und 32 000 geschätzten Tuberkulosefällen verzeichnet die Ukraine im Jahr 2020 eine der höchsten Tuberkuloseinzidenzen in der europäischen WHO-Region: geschätzte 80 Fälle pro 100 000 Einwohner. Vor allem die Altersgruppen zwischen 25 und 64 Jahren sind betroffen. Die Ukraine gehört darüber hinaus zu den Ländern mit den höchsten Anteilen an multiresistenter Tuberkulose (Tbc). Dementsprechend lag 2020 der Anteil an multiresistenter Tuberkulose bei neu diagnostizierter, bakteriologisch bestätigter Lungentuberkulose bei 29 Prozent und bei vorbehandelten Fällen bei 41 Prozent. Es werden nicht alle Personen mit dem Screening-Tool erfasst, und für Kinder unter 10 Jahren ist dieses nicht geeignet. Ein Screening-Tool hält dem Vergleich mit einer ärztlichen Untersuchung nicht stand und ist nicht sehr verlässlich. Gerade bei Kindern ist die Diagnose schwierig, sie haben sich in ihrer Heimat möglicherweise angesteckt und werden erst in fünf bis zehn Jahren symptomatisch. Man kann also davon ausgehen, dass es unter den Geflüchteten viele potenzielle Träger gibt, die aber noch nicht erkannt worden sind. Die offiziellen Stellen melden rund 80 Fälle auf 100 000 Personen. So hätten wir in Luzern bis Ende Jahr statistisch gesehen ebenfalls mindestens acht Fälle. In Deutschland haben Personen, welche in eine Einrichtung zur gemeinschaftlichen Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen aufgenommen werden sollen, der Leitung der Einrichtung vor oder unverzüglich nach ihrer Aufnahme ein ärztliches Zeugnis darüber vorzulegen, dass bei ihnen keine Anhaltspunkte für das Vorliegen einer ansteckungsfähigen Tuberkulose vorhanden sind. Die Tuberkulosekontrolle und die Versorgung von Tbc-Patientinnen und -Patienten dürften – zusätzlich zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie – durch den aktuellen Krieg massgeblich beeinträchtigt sein, sodass mit Unterdiagnosen, Nichterfassung und Therapieabbruch auch unter Geflüchteten gerechnet werden muss. Es ist fraglich, ob die Aufklärung der Gastfamilien mit einem Merkblatt ausreichend ist. Es wäre ebenfalls sehr wünschenswert, dass auch in den Schulen

eine Sensibilisierung stattfindet. Gerade in Tagesschulen, wo zusammen gegessen und gelebt wird, ist es sinnvoll, sich wo nötig und möglich zu schützen. Es bleibt also festzuhalten: Die Früherkennung potenziell übertragbarer Krankheiten ist von entscheidender Bedeutung, sowohl um den Kranken eine angemessene Behandlung zukommen zu lassen, als auch um die Übertragung der Krankheiten auf andere Personen zu verhindern, insbesondere innerhalb von Familien. Bezüglich Sensibilisierung der Betroffenen und der Bevölkerung besteht noch Luft nach oben. Darüber sprechen und informieren ist gut, handeln aber noch besser.

Stephan Schärli: Die Fragen und Antworten lassen erahnen, dass zu diesem Thema gewisse Unsicherheiten bestehen. Daher ist es sehr wichtig, dass alle Beteiligten sehr gut informiert sind oder zumindest wissen, wie sie an die entsprechenden Informationen gelangen. Die Anfragende hat ausgeführt, in welchen Bereichen es eine weitere Sensibilisierung braucht. Die Mitte-Fraktion ist dankbar, wenn sich alle Beteiligten gut informieren und wir alle gemeinsam Ausbrüche solcher Krankheiten verhindern können. An dieser Stelle möchte unsere Fraktion dem Gesundheits- und Sozialdepartement für seine Arbeit danken, die es in solchen Zusammenhängen immer wieder leistet und das jeden Tag aufs Neue tut.

Gertrud Galliker-Tönz: Vorausschauend und präventiv zu handeln, wenn es um die Gefährdung der Gesundheit durch bekannte Infektionskrankheiten geht, ist in unserem Land weitgehend etabliert. Dass dies im Gesundheits- und Sozialdepartement auch so ist, zeigt die Antwort des Regierungsrates auf die vorliegende Anfrage. Sie zeigt auch, dass massvoll gehandelt wird. Ich habe bewusst das Wort «massvoll» gewählt, denn im Umgang mit Abklärungen zu den Krankheiten, die in der Anfrage erwähnt werden – Tuberkulose und HIV –, ist es immer auch ein Abwägen, was an Informationen nötig ist und wie offensiv sie sein können, ohne diffuse Ängste in der Bevölkerung und den Schulen zu wecken. Menschlich wichtig scheint mir auch, dass sorgfältig damit umgegangen wird, wenn im Zusammenhang mit Krankheiten Menschengruppen oder gar Nationen in den Fokus rücken, dies weil allenfalls aufgrund von Kriegsereignissen aus einzelnen Ländern besonders viele Menschen bei uns ankommen. Wir sind in unserem Land gut aufgestellt, wenn es um das Thema Tuberkulose geht. Die wohl erfahrenste Stelle für Lungenerkrankungen in unsrem Land, die Lungenliga Schweiz, stellt auf ihrer Homepage sehr umfassende Informationen für Laien und Fachleute zum Thema dieser Anfrage zur Verfügung, auch Fragebogen und Informationen in ukrainischer und russischer Sprache. Die G/JG-Fraktion dankt dem Vorsteher und den Mitarbeitenden des Gesundheits- und Sozialdepartementes für die sachlichen und aufschlussreichen Erläuterungen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die von Monika Schnydrig genannten Zahlen sind korrekt. Wir stehen vor einer gewissen Herausforderung. Aus unserer Sicht besteht diesbezüglich eine gute Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Die Bundeszentren übernehmen hier gewisse Aufgaben, wie die Kantone selber auch. Im Kanton Luzern werden alle ukrainischen Schutzsuchenden zuerst in der Notunterkunft auf der Allmend untergebracht. Dort wird ein Tuberkulose-Screening des Bundes durchgeführt. Das ist aber freiwillig, wir können also niemanden dazu verpflichten. Wir motivieren die Leute aber dazu. Zusätzlich werden die Schutzsuchenden sowie die Gastgeberinnen und Gastgeber über die Tuberkulose informiert und auf die Risiken aufmerksam gemacht. Ich nehme aus der heutigen Diskussion mit, dass wir bezüglich Sensibilisierung noch etwas mehr tun sollten. Bis heute gab es wohl einige Verdachtsfälle, nämlich ungefähr zehn. Das ist aber im Verhältnis zur Anzahl Flüchtlinge aus der Ukraine eine niedrige Zahl. Im Gegensatz zu anderen Kantonen hatten wir im Kanton Luzern bis heute noch keinen Fall.